

Abtreibungsrecht im Jahr 2020

MY BODY - MY CHOICE

Das im Herbst in Polen geplante Abtreibungsverbot löste internationale Protestwellen aus, die das Gesetz verzögerten. Auch 2020 bleibt das Thema Abtreibung ein Umstrittenes, das in verschiedenen Ländern für Diskussionen sorgt. Christina Fior vom Referat für Frauenpolitik erklärt, warum sie das Recht auf Abtreibung wichtig findet.



Pro-life und dessen Folgen

Abtreibung ist weltweit ein sehr umstrittenes Thema. Frauen kämpften in vielen Ländern jahrzehntelang für ihr Recht, selbst über ihren Körper zu bestimmen und viele kämpfen immer noch. In Polen wurde dieses Jahr ein Gesetz beschlossen, das diese Rechte beschneiden soll. Föten mit schweren Erkrankungen sollen nicht länger ein Grund für einen Schwangerschaftsabbruch sein. Durch die lang anhaltenden Proteste und dem Druck der EU wurde das Gesetz kurzzeitig verschoben, aber im Endeffekt trat es schließlich doch in Kraft.

Weltweit werden in fast allen Ländern das Leben und meist auch die Gesundheit der Frau über das ihres ungeborenen Kindes gestellt. Alles, was über diese grundlegenden Rechte hinaus geht, ist sehr umstritten. Nur in 61% der Länder ist Abtreibung bei Vergewaltigung oder einer Missbildung des Fötus erlaubt und die Entscheidung der Frau ist nur in 34% ausreichend. Selbst in Europa gibt es Orte, wo ein Schwangerschaftsabbruch nur erlaubt ist, um ein Leben zu retten, wie in Andorra oder im Vatikan.

In Ländern wie Italien kann ein Arzt die Prozedur verweigern, was gerade in abgelegenen Orten ein großes Problem ist. Irland änderte seine Gesetze erst 2018, während davor jährlich geschätzt 6000 Frauen nach England reisten, nur um dort eine Abtreibung durchführen zu lassen. Diese Liberalisierung galt als immenser Fortschritt für das katholische Land, denn davor war eine Gefängnisstrafe von bis zu 14 Jahren möglich! Die Verschärfung der Gesetze in Polen ist leider kein Einzelfall. In der Slowakei wurde bereits 2019 ein Gesetzesentwurf abgelehnt, der eine 96-stündige Bedenkzeit eingefordert hätte und Frauen dazu gezwungen hätte, ihre Entscheidung besser zu begründen. In Portugal wird Abtreibung seit einiger Zeit nicht mehr von der Krankenkasse übernommen. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass andere konservativere Länder sich Polen nun als Vorbild nehmen, um ihre Gesetze entsprechend anzupassen. Die EU hat in diesem Bereich keine Zuständigkeit, also ist jedes Land auf sich alleine gestellt. Polen selbst hat bereits öfters versucht seine Gesetze zu verschärfen. Im Jahr 2016 wurde zum Beispiel versucht, ein Gesetz zum vollständi-

gen Verbot von Abtreibungen durchzubringen. Dieses wurde wegen der heftigen Proteste der Bevölkerung allerdings wieder verworfen.

In dem ersten Trimester einer Schwangerschaft, also in der Zeit, in der Abtreibung in Österreich erlaubt wäre, ist fragwürdig ob der Fötus in der Lage ist, überhaupt etwas zu fühlen, da die notwendigen Nervenverbindungen erst nach dem dritten Monat entstehen. Die Hauptargumente der sogenannten pro-Life Bewegung sind also alle eher philosophischer Natur. Einerseits wäre da Religion, als größte Begründung für viele konservative Haushalte. Da Staat und Religion aber getrennt sein sollten, dürfte man alleine deshalb keine Gesetze erlassen. Andererseits hat man die Definition von Leben, also ab wann ein Mensch Rechte haben sollte. Ein Leben sollte nicht über ein anderes gestellt werden und psychologische oder physische Entwicklung sollten keine Rolle spielen. Weiters hat auch ein Fötus eine potentielle Zukunft, die man ihm durch einen Abbruch der Schwangerschaft nehmen würde. Ein Problem dieser Art der Argumentation ist, dass zukünftige, unklare Ereignisse als Grundlage für Entscheidungen genommen werden. Dass der Wert eines Lebens also mehr oder weniger nur mit der Zukunft, die diese Person haben könnte, zusammenhängt. Manche argumentieren nun, dass es aufgrund der Unsicherheit besser wäre, keine Abtreibung vorzunehmen, da es



Text: Christina Fior

gleichzusetzen wäre mit dem Risiko, einen Mord zu begehen. Sozusagen, dass es im Zweifelsfall ob ein Fötus als vollwertiger Mensch gilt oder nicht, vernünftig wäre anzunehmen, dass es einer ist.

Entgegen dazu steht das bekannte Argument von J. J. Thomson. Hierbei wird eine Schwangerschaft gleichgesetzt mit dem Erhalt von fremdem Leben auf Kosten des eigenen Körpers. Thomson stellt das Beispiel von Nierenversagen, bei dem die betroffene Person die Niere von jemand anderem mitbenutzt um am Leben zu bleiben. Hier wäre es moralisch vertretbar, dass man jederzeit damit aufhört, selbst wenn es den Tod der anderen Person zur Folge hat. Weiters sehen es Befürworter von Abtreibung als schweren Eingriff in die Freiheit und Autonomie einer Frau sie zu zwingen eine ungewollte Schwangerschaft fortzusetzen. Eine umstrittene Studie zieht Parallelen zwischen der Senkung der Kriminalitätsrate in den USA und der Legalisierung der Abtreibung 20 Jahre zuvor. Weiters zeigt sie ein ähnliches Muster in Staaten auf, die ihre Gesetze schon einige Jahre früher geändert hatten. Denn die Kriminalisierung von Abtreibung führt in vielen Fällen zu einer Abwärtsspirale für Randgruppen. Durch Geld oder Gefängnisstrafen wird die Situation der Leute, die keine Kinder wollten, weil ihnen Mittel oder Zeit fehlen, nur weiter verschlechtert. Dass ein Verbot von Abtreibungen tatsächlich zu weniger Abbrüchen von Schwangerschaften führt, wurde durch mehrere Studien widerlegt. Diejenigen, die es sich leisten können, fahren für den

Eingriff in ein anderes Land und jene, die das nicht können, greifen auf illegale und oft unsichere Methoden zurück.

Auch in Polen wird man mit höchster Wahrscheinlichkeit solch ein Phänomen feststellen können.

Bereits vor dem neuen Gesetz wurden geschätzte 100.000 Abtreibungen im Ausland vorgenommen und bei den ca. 1000, die in Polen selbst verzeichnet sind, wurden regelmäßig unnötige Verzögerungen festgestellt, in Form von psychologischen Untersuchungen oder Bluttests. Auch wurde auf die Gefahr einer Fehlgeburt oder ähnlichen Problemen hin versucht, die Frauen von ihrer Entscheidung abzubringen.

Im Endeffekt kann man sagen, dass die Entscheidung jeder selbst überlassen sein sollte. Der Versuch der Regierung, die Autonomie und Integrität von Frauen zu untergraben ist ein weltweites Problem, das sich über die ganze Geschichte der Menschheit hinweg zieht. In der heutigen Zeit sollte kein aufgeklärtes Land wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren und damit unzähligen seiner Bürger_innen schaden. Das Verbot eine Schwangerschaft abzubrechen, stammt aus einer Zeit in der Frauen noch der Besitz von Männern waren und hat damit wenig Platz in der heutigen Gesellschaft.



Quellen:

<https://pixabay.com/de/photos/frauenmarsch-marschieren-frauen-2004278/>

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Protest_against_changes_in_abortion_law_in_Poland,_Partia_Razem,_April_3_2016,_%C5%81%C3%B3d%C5%BA_Piotrkowska_Street_05.jpg

[https://commons.wikimedia.org/wiki/File:My_body_my_choice_sign_at_a_Stop_Abortion_Bans_Rally_in_St_Paul,_Minnesota_\(47113308954\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:My_body_my_choice_sign_at_a_Stop_Abortion_Bans_Rally_in_St_Paul,_Minnesota_(47113308954).jpg)